

Neue Zürcher Zeitung

GASTKOMMENTAR

Prekäre Situation für ältere Arbeitslose

Die Skos empfiehlt, dass ältere Arbeitslose nicht in die Sozialhilfe gedrängt, sondern bis zum Erreichen des Pensionsalters mit Ergänzungsleistungen unterstützt werden.

Felix Wolfers 30.4.2019, 05:30 Uhr

Nur jede siebte Person, welche nach dem 55. Altersjahr ausgesteuert wird, findet wieder eine unbefristete Stelle mit einem existenzsichernden Einkommen. Die hohe Motivation, die jahrzehntelange Arbeitserfahrung und die sehr oft gute berufliche Qualifikation helfen den älteren Arbeitslosen bei der Stellensuche kaum. Sie werden überdurchschnittlich oft ausgesteuert und sind in der Sozialhilfe die am stärksten wachsende Gruppe: Mussten 2010 noch 17 200 55- bis 64-jährige Personen unterstützt werden, waren es sieben Jahre später bereits 27 400. Das ist ein Anstieg von fast 60 Prozent. Auch mit der demografischen Entwicklung lässt er sich nicht erklären: Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil dieser Altersgruppe lediglich um 14 Prozent.

Spitze des Eisbergs

Der Anstieg in der Sozialhilfe ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Viele Personen, die nach dem 55. Altersjahr die Stelle verlieren, schlagen sich bis zur Pensionierung durch und vermeiden den Gang zum Sozialamt. Sie brauchen ihr Ersparnis auf, verkaufen ihr Haus, werden von Partnern oder Verwandten unterstützt oder sehen als einzige Lösung noch das Auswandern in ein Land mit tiefen Lebenshaltungskosten. Bis zum Erreichen des Pensionsalters sind sie, die jahrzehntelang gearbeitet und Steuern bezahlt haben, dann sehr oft mittellos. Die Arbeitslosigkeit ist aber nicht nur ein finanzielles Problem, sondern auch ein persönliches und familiäres Drama und oft verbunden mit gesundheitlichen Folgeschäden.

Wir haben heute keinen würdigen Umgang mit älteren Erwerbslosen. Der Arbeitsmarkt schliesst diese Menschen in einem erschreckenden Ausmass aus, obschon der Ruf nach Fachkräften laut und berechtigt ist und sich mit dem Inländervorrang eigentlich die Situation von älteren Stellenlosen verbessern müsste. Zwar organisierte Bundesrat Schneider-Ammann bereits vier Konferenzen zum Thema «Ältere Arbeitnehmende», aber die Ernüchterung ist nach den vier bisherigen Anlässen gross, und auf konkrete Resultate wartet man immer noch vergeblich. Seit Januar ist Bundesrat Guy Parmelin Wirtschaftsminister und geht die Sache offensichtlich gezielter an. Anfang April traf er sich mit Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen «50 plus». Die Erwartungen an die fünfte Ausgabe der Konferenz, die am 3. Mai stattfindet, sind entsprechend hoch.

Skos-Vorschlag

Vor einem Jahr hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) einen Vorschlag präsentiert, der Alternativen zur Aussteuerung von älteren Arbeitnehmenden vorsieht. Einerseits sollen sie weiterhin durch die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren begleitet und vermittelt werden. Wenn die berufliche Wiedereingliederung dennoch nicht gelingt, sollen ältere Arbeitslose nach dem Modell der Skos nicht in die Sozialhilfe gedrängt, sondern bis zum Erreichen des Pensionsalters mit Ergänzungsleistungen unterstützt werden. Natürlich wäre es besser, alle betroffenen Personen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber der Ansatz verbessert zumindest rasch, nachhaltig und äusserst kostengünstig die Situation von über 55-jährigen Ausgesteuerten. Ein von der Skos in Auftrag gegebenes Gutachten zeigt, dass diese Lösung zu Mehrkosten von lediglich 25 Millionen Franken pro Jahr führen würde. Die Skos hat für ihr Modell einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag ausgearbeitet und in einem zweiten Gutachten auch aufgezeigt, dass dieser mit dem EU-Recht kompatibel ist.

Alle Entscheidungsgrundlagen sind somit auf dem Tisch. Es braucht nun einzig noch die Bereitschaft, ein dringendes sozialpolitisches Problem zu lösen. Gefragt sind konkrete Taten, schöne Worte für die Betroffenen gab es bereits genug.

Felix Wolffers ist Co-Präsident der Skos und Leiter des Sozialamts der Stadt Bern.

Kürzungen bei der Sozialhilfe: Die Berner machen ihre Nachbarn nervös

Findet in einem Kanton eine Abstimmung statt, geht das die anderen Kantone nichts an. Im Prinzip. Nun entscheidet Bern über eine Kürzung der Sozialhilfe. Die Nachbarkantone befürchten deshalb «Sozialtourismus». Der Berner Sozialdirektor widerspricht – und wirft seinen Amtskollegen vor, sie mischten sich ein.

Fabian Schäfer, Bern / 6.4.2019, 05:30



Streit um «Fakten» in der Sozialhilfe

Um die Sozialhilfe tobt im Kanton Bern ein gehässiger Streit. Sozialbehörden und -Politiker wollen die Diskussion «versachlichen» – und müssen sich selber den Vorwurf gefallen lassen, tendenziös zu sein.

Lucien Scherrer / 26.3.2019, 05:30



Newsletter NZZ am Abend

Erfahren Sie, was heute wichtig war, noch wichtig ist oder wird! Der kompakte Überblick am Abend, dazu Lese-Empfehlungen aus der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.